



Ergebnis einer Umfrage: Schüler würden einen Radweg auf der Bahntrasse auf jeden Fall gerne nutzen.

Foto: Bögel

# Vor oder nach der Sommerpause?

Heute Abend diskutiert der Stadtteilausschuss über das Bürgerbegehren „Fahrradbahn Vaihingen“

Nach dem Beschlussvorschlag der Verwaltung soll der Gemeinderat nicht dem Bürgerbegehren zustimmen. Die Folge: ein Bürgerentscheid. Die möglichen Termine: 19. Juli, 26. Juli oder 27. September.

VON UWE BÖGEL

VAIHINGEN. Heute Abend diskutiert der Stadtteilausschuss als erstes kommunalpolitisches Gremium über einen Fahrradweg auf der stillgelegten Bahntrasse von Enzweihingen nach Kleinglattbach. Eine Bürgerinitiative hat diese Fahrradbahn gefordert und die nötige Zahl von Unterschriften gesammelt, damit ein Bürgerbegehren zugelassen werden muss.

Die WEG-Arbeitsgruppe des Gemeinderats hat sich bei ihren Sitzungen für den Erhalt der Trasse ausgesprochen und schlägt vor, die Strecke nicht zu entwickeln.

Nun werden aber die Bürger über die

Zukunft der sieben Kilometer langen Bahnstrecke entscheiden. Die Verwaltung hat für einen Bürgerentscheid, der an einem Sonntag stattfinden muss, drei Termine herausgefiltert. Die Abstimmung könnte in der zweiten Julihälfte, also am 19. oder 26. Juli stattfinden. Denkbar wäre auch, den Bürgerentscheid erst nach der Sommerpause anzugehen. Hier wird eine Zusammenlegung mit der Bundestagswahl am 27. September favorisiert. Über den Termin entscheidet der Gemeinderat am 13. Mai.

Bei den Sitzungen der Gremien – Ortschaftsrat Enzweihingen am 28. April, Ortschaftsrat Kleinglattbach am 5. Mai, Verwaltungs- und Finanzausschuss nichtöffentlich am 4. Mai, Technischer Ausschuss nichtöffentlich am 6. Mai, Gemeinderat öffentlich am 13. Mai – gibt es auch Informationen über die Schülerströme in Vaihingen, die bei der Sitzung des Ältestenrates am 8. April gefordert wurden. So wurden beispielsweise die Schulleiter nach ihrer Einschätzung zur Akzeptanz eines Radwegs auf der WEG-Trasse befragt. Einige Kommentare. Hans-Joachim Sinnl, Schulleiter des Friedrich-Abel-Gymnasi-

ums: „Sollte die Zahl der Rad fahrenden Schüler durch den neuen Radweg zunehmen, spricht aus gesundheitlichen Gründen, möglicherweise aus ökologischen und sicherheitsrelevanten Aspekten nichts gegen die Umgestaltung der Bahntrasse in einen Radweg. So wenig wie wir den Radweg fordern, so wenig lehnen wir ihn ab.“ Olaf Büscher, Schulleiter der Ferdinand-Steinbeis-Realschule: „Eine Verbesserung der Radwegsicherheit ist aus Sicht der Schule immer zu begrüßen. Wie sehr das Thema uns am Herzen liegt, zeigt unter anderem die sehr erfolgreiche Arbeit der Radwege-AG der Ferdinand-Steinbeis-Realschule.“ Paul Rodach, Schulleiter der Ottmar-Mergenthaler-Realschule Kleinglattbach: „Da die Schüler hauptsächlich aus den Ortsteilen Kleinglattbach, Ensingen, Horrheim und Gündelbach sowie aus den Gemeinden Sersheim und Oberriexingen stammen, kommt eine Fahrradbahn auf der stillgelegten Bahntrasse kaum als Schulweg in Frage.“

Befragt wurden auch knapp 3000 Schüler der Hauptschule Vaihingen, der FSR, des FAG, der Waldorfschule, des Strom-

berg-Gymnasiums und der Haupt- und Realschule Kleinglattbach. Die Auswertung der Umfrage zeigt, dass von den befragten Schülern rund 1140 (= 38 Prozent) gelegentlich bis regelmäßig (an drei bis fünf Tagen pro Woche) mit dem Rad zur Schule fahren. Durch die Anlage eines Radwegs würde sich die Zahl der Schüler, die zur Schule fahren, auf 1300 (etwa 44 Prozent) erhöhen. Davon würden rund 930 den „Bahnradweg“ (in Abschnitten) benutzen. Vor allem die Zahl der regelmäßigen Nutzer (drei bis fünf Tage) würde sich deutlich erhöhen. Das FAG und die FSR, die in etwa zentral und unmittelbar an der Trasse liegen, werden besonders von einem Bahnradweg profitieren. Auch eine Zusatzfrage zeige, dass ein Bahnradweg beim Freizeitverkehr durch die Schüler in durchaus beachtlichem Umfang nachgefragt würde. „Zuletzt ist bei dieser Befragung zu beachten, dass die tatsächliche Bedeutung des Bahnradwegs erst mit der tatsächlichen Benutzung wahrgenommen und sich dadurch die Nutzung noch weiter erhöhen wird“, heißt es in einem Protokoll der Stadtverwaltung.